

# Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Amtsblatt

für die kgl. Amtshauptmannschaft zu Meißen, das kgl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff.

Erscheint wöchentlich zweimal, Dienstags und Freitags. — Abonnementpreis vierteljährlich 1 Mark. Einzelne Nummern 10 Pf. — Inserate werden Montags und Donnerstags bis Mittags 12 Uhr angenommen.

Nr. 38.

Dienstag, den 13. Mai

1890.

## Bekanntmachung.

Im Gasthause zur Tanne in Charandt sollen Freitag, den 16. Mai ds. Js., Vormittag von 10 Uhr an, die auf dem Charandter Forstreviere auf den Schlägen der Abtheilungen 17 und 24 sowie im Einzelnen aufbereiteten Nutz- und Brennholz meistbietend versteigert werden. Speziellere Angaben enthalten die in den Schankstätten und bei den Ortsbehörden der umliegenden Orte aushängenden Plakate.

Königl. Forstrevierverwaltung und Königl. Forstrentamt Charandt,  
am 9. Mai 1890.

## Bekanntmachung.

Von Montag, den 19. bis Sonnabend, den 24. Mai, wird der Weg Sachsdorf-Wilsdruff wegen Massenschutt mit Genehmigung der kgl. Amtshauptmannschaft gesperrt; das Fuhrwerk wird über Klipphausen resp. Kaufbach gewiesen.  
Sachsdorf, den 9. Mai 1890. Woldem. Herrnsdorf, Gem.-Vorst.

### Tagesgeschichte.

Beim Anblick des neuen Reichstags schreibt die „Straßb. Post“: Beinahe könnte man mit dem seligen Heinrich v. Mühlner sagen: „Rechter Hand, linker Hand alles vertauscht.“ Und nun die Regierungsbank oder wie es heißt „der Tisch des Bundesrathes“, welche Veränderung! Es ist ja richtig, der Reichskanzler Fürst Bismarck war immer eine „sternschnuppenartige“ Erscheinung im Reichstage, und man kann eine hohe Wette darauf eingehen, daß sein Nachfolger fast in jeder Sitzung anwesend sein und sicher in keiner wichtigen fehlen wird. Aber wenn Fürst Bismarck einmal erschien, dann „zitterte ein Königreich“ oder vielleicht mehrere. Donnernd fuhr der Wagen in den Hof, der den Kanzler brachte, alles merkte hoch auf, die Mitglieder im Saale, die Zuhörer auf den Tribünen und erst die Journalisten. Ihrer bemächtigte sich eine förmliche Angst, denn der Fürst war sehr schwer verständlich, und es kam auf jedes Wort und jede Silbe an; lauschte doch ganz Europa darauf. Geschäftig trat der Hauswart an den Präsidenten heran und meldete die Ankunft des Gewaltigen, sein Sitz am Bundesrathstisch wurde zurecht gerückt, ein Glas Wasser mit Cognac davor aufgestellt, der Vortrag: Geheimrath v. Rottenburg, der fürstliche Schwiegersohn Graf Rantzau und der Sohn Graf Herbert Bismarck erschienen und gleich darauf trat die gewaltige Gestalt des Fürsten in den Saal. Eine leichte Verneigung gegen den Präsidenten hin, eine freundlichere zu den Konservativen, die von ihren Plätzen emporgeschleunigt waren, dann ließ der Fürst sich nieder und hinter ihm tauchten in harmonischem Halbkreise wie eine Nobelgarde die Gesandten von Bayern, Sachsen, Württemberg und ebenfalls von Baden auf. Der Fürst nahm die Schildplatt-Vorgnette vor die Augen, musterte die Versammlung und warf zornige Blicke auf die Linke. Kundige wußten, daß es zu einer Abrechnung mit derselben kommen würde, und im Grunde genommen war ja eine solche immer der Ausgang aller Bismarckschen Reden. Das Alles ist vergangen. Neue Menschen erscheinen an der Stelle des Heros, ob auch neue Größen? Wer weiß! Kurz, alle Welt steht mit gespannter Erwartung vor den neuen Dingen, mancher möchte den Vorhang zurück-schieben und hinter die Coulissen schauen, doch der scheint unbeweglich. Gemeinhin kommen die Dinge nicht so schlimm, wie man sie sich vorstellt, und vielleicht behält das alte Lied recht: „Und wer das neue Lied nicht kann, der fängt das alte von vorne an.“

Die Wahl seines Vorstandes hat der Reichstag am Mittwoch vorgenommen. Mit einer an Einstimmigkeit grenzenden Mehrheit ist als Präsident wiederum der Abg. v. Levekov gewählt. Die Wahl des ersten Vizepräsidenten fiel auf den Grafen Ballestrem (Centr.), die des zweiten Vizepräsidenten auf den Abg. Baumbach (freis.). Auch die diesmal in Stärke von 72 Mitgliedern auftretende deutschkonservative Fraktion hat sich bereits konstituiert und zu ihrem Vorsitzenden den Abg. Febr. v. Mantuffel gewählt. Die in der Thronrede angekündigten Vorlagen sind dem Reichstage sämtlich schon zugegangen, so daß derselbe das ihm bevorstehende Arbeitspensum voll zu übersehen vermag. Anfangs hieß es, der Reichstag würde seine Aufgaben bis Ende Juni zu bewältigen im Stande sein; jetzt wird dies von manchen Seiten bezweifelt, da insbesondere die Vorlage, betreffend Abänderung der Gewerbeordnung, sehr umfassende Erörterungen notwendig machen würde. Was die Arbeitseinteilung für die nächste Zeit betrifft, so ist im Seniorenkongress beschlossen, daß am Montag die erste Beratung der Kolonialvorlage stattfinden und nach deren Beendigung, vermutlich am Dienstag, die Vorlage, betreffend Erhöhung der Friedenspräsenzstärke, auf die Tagesordnung gesetzt werden soll. Als nächster Verhandlungsgegenstand ist die Beratung der Gewerbeordnungsnovelle in Aussicht genommen. Man glaubt, in der nächsten Woche die erste Lesung dieser drei Vorlagen beenden zu können. Während dieselben dann in Kommissionen vorberathen werden, wird der Reichstag die Initiativanträge der verschiedenen Parteien in Beratung nehmen und vom 21. d. Mts. bis 2. Juni in die Pfingstferien gehen. Die Initiativanträge, von denen bereits eine Fülle vorliegt, stammen meist von den demokratischen Parteien des Hauses und bezwecken, den „totalen Umschwung“ auf zoll- und sozialpolitischem wie auf militärischem Gebiete, im Reiche einzuleiten. Man ist konservativerseits überzeugt, daß diesen gemeinsamen Vorstößen gegenüber seitens des neuen Reichskanzlers und der Bundesregierungen sofort in scharfer Weise Stellung wird genommen werden. Es zeigt sich schon jetzt, daß der Prüffstein für den neuen Reichstag die Militärvorlage bilden wird. Alle Parteien werden eine Kommissionsberatung verlangen, in der eine eingehendere Begründung der Vorlage seitens der Regierung gegeben

werden kann, als dies vor der Öffentlichkeit möglich ist. Man ist aber bei unserer Militärverwaltung schon lange daran gewöhnt, daß sie im Allgemeinen das Maß des absolut Nothwendigen nicht überschreitet, und so darf mit den „Hamb. Nachr.“ angenommen werden, daß diejenigen Parteien, welche es bisher gegenüber dem Bedürfnisse unserer Wehrkraft an der entsprechenden Opferfreudigkeit niemals haben fehlen lassen, auch jetzt zur Bewilligung alles Wesentlichen in der Regierungsvorlage bereit sein werden. Eine nicht geringe Verlegenheit ist die letztere allerdings für die Freisinnigen und das Centrum. Die freisinnige Presse hat mit der schärfsten Bemängelung von vornherein nicht gefargt, während die leitenden Organe des Centrum, wie gewöhnlich, mit ihrem Urtheile noch zurückhalten. Man kann aber sicher sein, daß man in beiden Parteien schließlich vor keinem Opfer zurückscheuen wird, um einen Konflikt aus Anlaß der Militärvorlage zu verhüten. Nicht ausgeschlossen ist natürlich, daß sowohl im Centrum wie bei den Freisinnigen eine Anzahl Stimmen in verneinender Richtung abgegeben werden, aber gewiß wird man es vermeiden, die Opposition zur Fraktionsfrage zu machen, bezw. eine ausreichende Mehrheit für die Vorlage zu gefährden.

Dem kaum zusammengetretenen Reichstage präsentiren die Fraktionen der Freisinnigen und der Sozialdemokraten bereits ein artiges Bouquet von Anträgen und Interpellationen. Die Sozialdemokraten beantragen die Aufhebung sämtlicher Getreidezölle und zahlreicher anderer Zölle vom 1. Oktober d. J. ab und auch die Freisinnigen haben Anträge auf eine wesentliche Herabsetzung der Getreidezölle eingebracht, sowie noch verschiedene andere Anträge angekündigt. Außerdem liegen von freisinniger Seite Interpellationen über den Pappzwang in Elßaß-Lothringen, über den Schweizer Niederlassungsvertrag, über die Strafvollstreckung bei politischen Gefangenen und über die Entscheidung in Zollstreitigkeiten vor. Die völkerverfeindlichen und freisinnigen Demokraten des Reichstages geben sich alle erdenkliche Mühe, von vornherein zu beweisen, daß es ihnen weniger um eine sachliche Erledigung der Geschäfte als um Popularitätshocherei zu thun ist. Dies geht daraus hervor, daß während dem Reichstag wiederum mit gewichtigen Gründen eine erhebliche Verstärkung unserer Wehrkraft vorgeschlagen werden mußte, die süddeutschen Demokraten die Gelegenheit für passend halten, die Einführung der zweijährigen Dienstzeit bei der Infanterie zu beantragen. Der Antrag ist auch von einem Theil der deutschfreisinnigen Partei unter Richter's Führung unterstützt; die Namen der gemäßigteren Mitglieder der deutschfreisinnigen Partei fehlen allerdings. Mit diesem Antrag soll wohl die Compensation vorgeschlagen sein, für welche die demokratische und deutschfreisinnige Partei einer Verstärkung der Präsenzzahl zustimmen würde. Da gegenwärtig an die Gewährung eines solchen Zugeständnisses nicht zu denken ist, wird man nach diesem Vorstoß auf die Mitwirkung der äußersten Linken bei dem Bestreben, unsere Wehrkraft mit den fortschreitenden Bedürfnissen in Einklang zu halten, nicht mehr rechnen dürfen. Zeigt sich das Centrum nicht entgegenkommender, so könnte über den Reichstag schon bald eine Krisis hereinbrechen.

Die Gährung unter den Arbeitern verschiedener Industriestaaten, soweit sie sich durch größere Ausschreitungen bemerklich machte, hat jetzt erheblich nachgelassen und einer ruhigeren Stimmung Platz gemacht. Am ersten vollzog sich dieser erfreuliche Wechsel in Oesterreich, woselbst schon seit einer Reihe von Tagen in den Industriebezirken der nordöstlichen Provinzen wieder vollkommene Ruhe herrscht. Nunmehr sind auch im Strichgebiete des nördlichen Frankreichs wieder normale Zustände eingetreten und wird speziell aus Courcoing die fast allgemeine Wiederaufnahme der Arbeit gemeldet. Endlich hat sich auch die Erregung unter der Arbeiterschaft Spaniens, die in Catalonien sogar zur Verkündung des Ständrechts führte, allmählich gelegt und einige noch gemeldete Zwischenfälle erscheinen belanglos.

Die Arbeiterbewegung ist, obgleich sie durch die, Dank der Festigkeit der Arbeitgeber verunglückte „Maifeyer“ einen argen Stoß erlitten hat, trotzdem noch in vollem Gange. Insbesondere laufen fortgesetzt Meldungen von sozialdemokratischen Aktionen, oft verbunden mit Ruhestörungen, aus dem Auslande ein. In Oesterreich glaubt man den Nachweis in Händen zu haben, daß diese Bewegungen durch eine sozialdemokratische internationale Vereinigung, deren Spitze sich in Deutschland befindet, hervorgerufen sind. Wenn gleich diese Behauptung von Seiten der deutschen Sozialdemokraten auf das Entschiedenste bestritten wird, muß doch das Bestehen einer sozialdemokratischen Internationale trotzdem als wahrscheinlich angenommen